Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 85 (1991)

Heft: 12

Artikel: Dossier : kein Armee-Einsatz gegen Flüchtlinge! : Feiges Ausführen eines Befehls gegen die Schwächsten dieser Erde?

Autor: Winzeler, Johanna

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143662

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

2. Asylgesetzrevision immer wieder beteuert, solches Notrecht werde nur im äussersten Ausnahmefall angewandt werden. Angesichts des heutigen Liebäugelns verschiedener politischer Kreise mit dem Notrecht scheint es nicht unangebracht, die damaligen Versprechen in Erinnerung zu rufen. Nach meiner Ansicht hat der Zustrom von Asylbewerbern und Asylbewerberinnen noch längst nicht jenes Ausmass erreicht, das den Rückgriff auf das Notrecht rechtfertigen würde. Statt dessen sollten endlich die verschiedenen durch den Asylverfahrensbeschluss im letzten Jahr geschaffenen Möglichkeiten zur Bewältigung der Situation genutzt werden. Dabei ist vorab an die *vorläufige Aufnahme* von Personen ohne weitere Abklärungen zu denken, bei denen der Vollzug der Wegweisung nicht zulässig oder nicht zumutbar ist. Durch die konsequente Anwendung dieses neu im Asylgesetz enthaltenen Grundsatzes auf ganze Gruppen von Gewaltflüchtlingen, beispielsweise auf tamilische Asylsuchende, könnte das Asylverfahren entscheidend entlastet werden. Eine weitere Entlastung würde sicher auch eine *Harmonisierung zwischen Ausländer- und Asylpolitik* mit sich bringen. Was dies heisst, kann mit einem Hinweis auf die jugoslawischen Asylsuchenden, die in den letzten Monaten die grösste Gruppe der Gesuchsteller bildeten, angedeutet werden. Ist es nicht stossend und zugleich auch ein Kräfteverschleiss, dass die Schweiz einerseits Tausende von Männern und Frauen aus diesem Land als Arbeitskräfte rekrutiert, während sie andererseits Tausende aus dem gleichen Land als abgewiesene Asylsuchende auszuschaffen wünscht.

Mit der Kommission Justitia et Pax hoffe ich, dass die Asylpolitik in den kommenden Monaten sich vermehrt mit solchen positiven Lösungsansätzen auseinandersetzt, statt stets nur primär die Abwehr der Asylsuchenden im Auge zu haben. Dies hat übrigens auch die Schweizer Bischofskonferenz in ihrer Stellungnahme zum Asyl-Aktionsprogramm 1991 des Bundesrates zum Ausdruck gebracht. Aus meiner Sicht ist die *Statuierung des «Trendbruchs»* als Zielsetzung dieses Programms recht bedenklich. Zum einen vermittelt sie für die Bevölkerung in psychologischer Hinsicht ein *falsches Signal*: Wie soll diese zu vermehrter Toleranz und Hilfe gegenüber Asylsuchenden motiviert werden, wenn der Staat deren Abwehr zur Hauptzielsetzung seiner Asylpolitik macht. Zum zweiten verkennt sie, dass ein Trendbruch nicht durch unser Land allein zu bewerkstelligen, sondern vielmehr in hohem Masse von der Entwicklung in den Herkunftsländern der Asylsuchenden abhängig ist. In der Theorie hat man dies zwar erkannt, doch lässt man – nicht nur in der Schweiz – den Worten zuwenig Taten folgen, sonst verfügte das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge, das ja in diesem Bereich tätig ist, heute nicht über weniger Geld als noch vor einigen Jahren.

Schliesslich führt die Zielsetzung «Trendbruch» zu einer *Umkehrung der Prioritäten* der Asylpolitik, indem sie den Blick auf deren vorrangiges Ziel, politisch verfolgten Menschen Schutz zu gewähren, verstellt. Von diesem Ziel aus – und nicht von den Erfolgen an der «Abwehrfront» – ist nach wie vor die Güte der schweizerischen Asylpolitik zu beurteilen. An ihm sind auch die im Aktionsprogramm vorgeschlagenen Massnahmen, insbesondere der Einsatz der Armee an der Grenze, zu messen und klar zu verurteilen.

Pius Hafner

Feiges Ausführen eines Befehls gegen die Schwächsten dieser Erde?

Ich spreche als Mitglied der Ökumenischen Basisbewegung Bern, als Vertreterin von Frauen und Männern, die sich auch für Flüchtlinge einsetzen, ihnen bei der Bewältigung von Alltagsproblemen beistehen möchten und sie während des Asylverfahrens begleiten. Viele von uns sind zu *Vertrauten der Asylsuchenden* geworden und haben Freunde gewonnen.

Dass unsere Armee so rasch ein neues Feindbild gefunden hat und konkret den Einsatz gegen hilfesuchende Fremde übt und weiterhin plant, schockiert uns und macht uns betroffen. Direkt betroffen, weil einer-

seits die an der Grenze stehenden Soldaten ja unsere Brüder, Männer und Söhne sind. Wir können nicht hinnehmen, dass sie ihre Waffen gegen wehrlose Mitmenschen richten sollen. Andererseits stellt die Begegnung mit Flüchtlingen für uns eine ganz *wichtige Erfahrung von Mitmenschlichkeit* dar. Wir wehren uns dagegen, dass diese Menschen, die uns auch bereichernde Lebenserfahrungen geben, unsere Feinde sein sollen.

Mit Worten und Gesetzen konstruieren wir selbst ein *Feindbild,* das wir dann auf Mitmenschen aus der Türkei, aus Sri-Lanka, aus Osteuropa projizieren. Aus dem Flüchtling wird ein Asylant, dann ein Wirtschaftsflüchtling, ein Scheinasylant und schliesslich ein Vaterlandsfeind. Zuerst wird die Grenze gesperrt, der legale Übertritt verunmöglicht, und wenn die Flüchtlinge keine andere Möglichkeit mehr haben, als die Hilfe von Schleppern anzunehmen, wird dies als Argument für die Rückweisung verwendet.

Der Armee-Einsatz an der Grenze wird begründet mit dem Auftrag der «Behauptung der *Unabhängigkeit des Vaterlandes* gegen aussen» (Art. 2 der Bundesverfassung). Stellen Asylsuchende die Unabhängigkeit der Schweiz tatsächlich in Frage?

Die letzten neun Jahre schweizerische Asylpolitik brachten uns eine wachsende Polarisierung in der Bevölkerung, eine Verstärkung der Ausländerfeindlichkeit, zunehmenden Rassismus und Gesetze, die, um vollzogen zu werden, mehr Beamtenbürokratie und letztlich *mehr Polizeistaat* erfordern. Ich bin überzeugt, dass all dies schliesslich uns selbst am meisten schadet. Eine tief verunsicherte öffentliche Meinung und die Einengung der Handlungsfreiheit stellen unsere Unabhängigkeit tatsächlich in Frage. Indem wir uns vor Flüchtlingen, Fremdlingen verschliessen müssen, berauben wir uns selbst der Möglichkeit, neue bereichernde Lebenserfahrungen zu machen. Indem wir Hilfesuchende zurückstossen, oder sie zwingen, in der Illegalität zu leben, schaffen wir uns unnötigerweise Feinde.

Zusammen mit vielen Frauen und Männern bin ich auch heute noch überzeugt, dass es möglich ist, Flüchtlingen mitmenschlich zu begegnen und mit ihnen ein Stück Weg gemeinsam zu gehen.

Um nochmals auf die Soldaten im Grenzeinsatz zurückzukommen: Was erzählt man ihnen, wenn sie ihren Vorgesetzten *Fragen* stellen? Fragen über Flüchtlinge, die in der Schweiz um Asyl nachsuchen, über ihre Herkunftsländer und deren politische und wirtschaftliche Situation, über die Handelsbeziehungen der Schweiz, über die Fluchtgelder, die aus diesen Ländern ungehemmt in die Schweiz fliessen?

Was bleibt den Wehrmännern übrig, wenn sie sich auf solche Fragen einlassen? Befehlsverweigerung oder feiges Ausführen eines Befehls gegen die Schwächsten dieser Erde? Denkt jemand an das *ethische Dilemma* dieser Soldaten? Wir wehren uns vehement dagegen, dass wir für die Ausführung dieser aus Hilflosigkeit geborenen Idee missbraucht werden. Wenn schutzsuchende Menschen, die eben erst vor einem militärischen Unrechtsregime geflohen sind, erneut von Uniformierten beim Eintritt ins Asylland gehindert werden, sind sie um eine demütigende Erfahrung reicher. Ob sie sich aber auf die Dauer abschrecken lassen, daran zweifle ich.

All das Gesagte macht doch deutlich klar, dass es viel zu billig wäre, der Armee die Lösung dieser schwierigen Aufgabe zu überlassen. Das Problem ist zu gross, es braucht uns alle. Wir Schweizerinnen und Schweizer werden *nie mehr unter uns* sein. Keiner von uns kann auf die Dauer seinen Mitmenschen ausweichen.

Die Beamten des Justiz- und des Militärdepartementes werden die Asylpolitik nicht in den Griff bekommen – wir müssen sie in *unsere Hände* nehmen, oder anders ausgedrückt: Sie sind auf unsere tatkräftige Hilfe angewiesen.

Johanna Winzeler